Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 153 | Halver, Mittwoch, 6. Juli 1955 | 1955

2 Tote und 20 Verletzte

Bombenexplosion im Münchner Postamt

Slowakischer Exilminister empfing Sprengstoffpaket - Schalterhalle weitgehend demoliert - Ein Bild des Grauens

dff. München, 5. Juli

Am Dienstagnachmittag ereignete sich im Postamt München 13 in der Agnesstraße eine Bombenexplosion, die nach den bisherigen Feststellungen zwei Todesopfer und 20 Verletzte gefordert hat. Die Schalterhalle des Postamtes ist zerstört. Einige Minuten nach der Explosion war die Umgebung bereits abgeriegelt. Die Kriminalpolizei arbeitet fieberhaft an der Aufklärung der Ursache.

Nach einer Rundfunkmeldung aus München vom Dienstagabend war der bei der Explosion im Münchener Postamt 13 getötete Exilslowake, der frühere Kultusminister Metus Cernak, der in München im Exil gelebt und eine slowakische Korrespondenz herausgegeben hatte, der Empfänger des unter Einschreiben gesandten Sprengstoffpakets, so daß es sich um ein politisches Attentat handelt.

Der Hergang des Unglücks erinnert stark an den vor zwei Jahren in München erfolgten Sprengstoffanschlag, bei dem ein an den Bundeskanzler adressiertes Paket, das von einem Brandmeister geöffnet wurde, explodierte und den Beamten tötete. Der Urheber konnte bis heute nicht ermittelt werden.

Ein Postbeamter, der Augenzeuge des Unglücks war, berichtete, daß der Mann, bei dem die Stichflamme hochschoß, in der Schlange vor dem Schalter für Einschreibepäckchen stand. Eine alte Frau, die hinter ihm stand, wurde tödlich verletzt. Dem Mann (Cernak), der das hochexplosive Päckchen bei sich hatte, wurden beide Arme abgerissen. Sein gräßlich verstümmelter Leichnam lag während der Untersuchungen in einer Ecke der Schalterhalle. Am Schalter selbst stand im Augenblick der Explosion ein junges Mädchen, das zu den 20 Verletzten zählt. Der Postbeamte sagte: „Plötzlich schoß die Stichflamme in die Höhe, es gab mir einen Schlag vor die Brust, mir wurde schwarz vor den Augen und ich war sekundenlang ohnmächtig". Das Schreien des Mädchens habe ihn wieder zu sich gebracht.

„Ich hörte nur einen Knall und gleich darauf sah ich spitze weiße Stäbchen durch die Halle flimmern, die sich sofort auflösten", erzählt ein junger Mann, der vor dem Briefmarkenschalter gestanden hatte. „Im gleichen Augenblick krachte wie vom Blitz getroffen ein Mann hinter mir auf den Boden. Sein Leib war völlig zerfetzt, beide Arme lagen neben dem Körper. Wenige Meter entfernt klatschte eine alte Frau auf das Pflaster. Sie war ebenfalls auf der Stelle tot.

Die Stätte der Explosion bietet ein Bild des Grauens. Die hohe weiträumige Schalterhalle ist weitgehend demoliert. Bis in die Abendstunden versuchten Beamte des Landeskriminalamtes und der Kriminalpolizei in der über und über mit Glassplittern übersäten Schalterhalle mit Lupen und Linealen, Bandmaßen und Kreide den genauen Hergang der Explosion zu klären. Die Erhebungen sind dadurch erschwert, daß nur mühsam zwischen dem Glasstaub und den Holzsplittern die Bestandteile des Päckchens rekonstruiert werden können. Der Vorfall hat sich wenige Minuten nach Beginn der Nachmittagsdienstzeit im Schalterraum ereignet. Kurze Zeit später rückte die Feuerwehr an, die sich sofort an die Bergung der Verletzten machte. Der erste Alarm, der im zuständigen Polizeirevier eingegangen war, lautete auf „Raubmord mit Schußwaffe". Die Polizeibeamten, die alsbald das Postgebäude im weiten Umkreis absperrten, hatten einen schweren Stand, die Neugierigen, die von allen Seiten zum Postamt drängten, zurückzuhalten.

Oberamtmann Mitzdorf, der Leiter des Landeskriminalamtes in München, das fieberhaft an der Aufdeckung der Hintergründe der Explosion in dem Münchener Postamt arbeitet, bat am Dienstag spät abends in einer Pressekonferenz dringend um Verständnis, wenn die Kriminalpolizei nicht alle Möglichkeiten aufzeige, „die sich abzuzeichnen beginnen". Unter diesen Umständen erklärte sich Mitzdorf auch außerstande, den Namen des toten Mannes bekanntzugeben, da seine Identifizierung noch nicht mit Sicherheit erfolgt sei.

Der Oberamtmann, der nur auf ganz wenige Fragen der Journalisten einging, sprach von einem Attentat und erklärte auf die Frage, ob auf politische Hintergründe geschlossen werden könne, daß im Augenblick das Vorliegen politischer Hintergründe nicht von der Hand zu weisen sei.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheint der Mann, der bei der Explosion den Tod gefunden hat, das Päckchen als postlagernde Sendung abgeholt zu haben, das in dem Augenblick explodierte, als der Empfänger das Päckchen in der Mitte des Schalterraumes öffnen wollte. Absender und Aufgabeort des Päckchens sind bisher noch nicht ermittelt. Die Nachforschungen gehen aber in eine bestimmte Richtung. Im Zusammenhang mit dem Anschlag sind Verhaftungen bisher nicht erfolgt, wohl aber eine Haussuchung. Weitere Einzelheiten wollte Mitzdorf nicht preisgeben.

Der Inhalt des Päckchens bestand aus brisantem Explosivstoff. Die Wirkung war ungeheuer. Wie gemeldet, haben bei der Explosion zwei Menschen den Tod gefunden, von den 20 schwer und leicht Verletzten schweben zwei immer noch in Lebensgefahr. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein türkischer Student, der im Postamt telefonieren wollte, während des Gespräches aber von der Explosion überrascht wurde. Irgend ein Anlaß zur Unruhe besteht für die Bevölkerung in keiner Weise, stellt das Landeskriminalamt fest, das im übrigen mit dem Bundeskriminalamt in dieser Angelegenheit eng zusammenarbeitet.

In letzter Minute

Eines der modernsten britischen Düsenflugzeuge, dessen Konstruktion noch geheim ist, stürzte am Dienstag in der Nähe von Salisbury (England) ab und wurde vollständig zerstört. Der Pilot konnte mit dem Fallschirm abspringen, erlitt aber beim Aufprall auf den Erdboden so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus starb.

Der Ausbruch des Aetna nimmt an Heftigkeit weiter zu. Die Explosionen im Innern des Vulkans werden stets gewaltiger und erfolgen in immer kürzeren Abständen. Dabei wird jedesmal der Nord-Ost-Gipfel des Kraters schwer erschüttert. Tonnen und Tonnen weißglühender Lava werden bis in 700 Meter Höhe geschleudert und prasseln in feuerroten Rauchwolken zu Boden.

Die sowjetisch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen sind an einem toten Punkt angelangt. Nach in Wien eingetroffenen Meldungen soll die sowjetische Delegation den österreichischen Vorschlag abgelehnt haben, zum Ausgleich des von den Russen an Oesterreich abgetretenen deutschen Eigentums nicht — wie im Staatsvertrag vorgesehen — vor allem Oel zu liefern, sondern innerhalb der kommenden sechs Jahre 150 Milionen Dollar zu bezahlen.

Sein Onkel sei wohlauf, versicherte der Neffe des ungarischen Kardinals Mindszenty, Gyula Tarlo, der am Dienstag nach Wien geflüchtet ist. Letztes Jahr sei der Kardinal, dessen heldenhafter Widerstand gegen den Kommunismus in der freien Welt bekannt ist, am Hals operiert worden und habe sich schnell erholt. Den vergangenen Herbst habe er unter strenger Bewachung in der Puszta verbracht.

15 000 Unterlagen über Rentenfälle früherer deutscher Einwohner der Tschechoslowakei sind dem deutschen Rentenversicherungsverband zugänglich geworden. Betroffene Personen sollen für die anfallenden Konsulargebühren sieben Mark auf das Konto 6432 der bayerischen Gemeindebank einzahlen.

Wirrwarr um das Freiwilligengesetz

Keine Einigung im Aeltestenrat — Aussprache Adenauer-Ollenhauer Mittwoch

wl. Bonn, 5. Juli

Der Wirrwarr um das Freiwilligengesetz ist jetzt vollständig, nachdem am Dienstag im Aeltestenrat keine Einigung über den Termin der zweiten und dritten Lesung der Vorlage im Bundestag erreicht werden konnte. Die SPD ließ nach einer Fraktionssitzung erklären, daß sie den Ausschußberatungen über das Gesetz fernbleiben werde, falls die Koalitionsparteien ihr Versprechen nicht wahrmachen sollten, in den Beratungen des Verteidigungsausschusses und der beiden übrigen Ausschüsse auch die Wünsche der Opposition und der FDP sachlich zu diskutieren.

Der Aeltestenrat will am Donnerstag erneut zusammentreten und versuchen, eine endgültige Einigung über den Termin der zweiten und dritten Lesung herbeizuführen. Bundeskanzler Dr. Adenauer empfängt am Mittwoch um 18.30 Uhr den Oppositionsführer Ollenhauer zu einer Aussprache unter vier Augen in der Hoffnung, daß eine weitere Zuspitzung der Lage vermieden werden kann.

Ob es schon am 13. Juli zur zweiten Lesung des Gesetzes kommen wird, hängt davon ab, ob der Verteidigungsausschuß bis dahin seine Beratungen über die Vorlage abschließen kann. Nach der Geschäftsordnung des Bundestages muß eine Gesetzesvorlage spätestens zwei Tage vor der Beratung im Plenum den Fraktionen zugestellt sein. Das würde bedeuten, daß der Entwurf zum Freiwilligengesetz bis zum 11. Juli den Fraktionen schriftlich vorliegen muß. Hiernach hätte der Verteidigungsausschuß, der erstmalig am 6. Juli zu einer Beratung zusammentritt, nur fünf Tage Zeit zur Beratung.

Wie die parlamentarische Behandlung dieser umstrittenen Vorlage unter diesen unerquicklichen Umständen weitergehen soll, ist völlig ungewiß. Es kommt hinzu, daß auch die FDP noch erhebliche Abänderungswünsche zu der Vorlage angemeldet hat, worauf Abg. Dr. Mende in der Aeltestenratssitzung ausdrücklich hinwies. Diese Wünsche beziehen sich vor allem auf die Frage des Oberbefehls.

Der Bundesparteitag der Gesamtdeutschen Volkspartei (Richtung Heinemann) hat beschlossen, eine Delegation zur Viererkonferenz nach Genf zu senden, die Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfrage auf der Grundlage des österreichischen Beispiels unterbreiten soll.

Das Berliner Abgeordnetenhaus ist für den 14. Juli zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, in der Bürgermeister Dr. Suhr eine Erklärung des Senats zur Außenpolitik und zu gesamtdeutschen Fragen abgeben wird.

Saarlandtag billigte Abstimmungsgesetze

Kontrollkommission berät Sonnabend darüber — Landtags-Neuwahlen im Dezember

dmt. Saarbrücken, 5. Juli

Der saarländische Landtag hat am Dienstag in Saarbrücken vier Gesetzentwürfe zur Durchführung der Volksbefragung über das Saarstatut in erster Lesung gebilligt. Die zweite und dritte Lesung werden am Donnerstag und Freitag stattfinden. Am Sonnabend wird die Internationale Saar-Kontrollkommission entscheiden, ob diese Gesetze den Forderungen nach demokratischer Freiheit entsprechen, und wird am 15. Juli dem Ministerrat der WEU Bericht erstatten. Wenn keine Einwendungen erhoben werden, setzt die Saar-Regierung den Abstimmungstag fest. Der 16. Oktober könnte der früheste Termin sein.

Ministerpräsident Hoffmann erklärte vor dem Landtag, daß die Abstimmung frei, geheim und unabhängig sein werde. Alle Abgeordneten, mit Ausnahme der beiden Kommunisten, stimmten für die Gesetze, die ein Gesetz für die Durchführung der Volksbefragung, ein Vereinsgesetz, ein Versammlungsgesetz und ein Pressegesetz umfassen.

In ihnen ist in 55 Paragraphen festgelegt, daß auch Personen, die nach dem 8. Mai 1945 aus politischen Gründen ausgewiesen wurden, abstimmungsberechtigt sind. Vorstandsmitglieder von Parteien können nur Personen sein, die abstimmungsberechtigt sind und ihren Wohnsitz im Saarland haben. Politische Druckschriften dürfen nur im Saarland von verantwortlichen Abstimmungsberechtigten gedruckt werden. Ausländische Druckschriften, die auf die öffentliche Meinung einzuwirken suchen, können nach Konsultierung der Kontrollkommission verboten werden. Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel, Lautsprecher-Propaganda, Plakatieren und Aufschriften an Häuserwänden und Zäunen und das Beflaggen von Privatgebäuden sind im Wahlkampf verboten. Fernsehen und Rundfunk dürfen keiner Partei zur Verfügung gestellt werden.

Auf dem vorgesehenen Stimmzettel soll von einem „Europäischen Statut für das Saarland" gesprochen werden.

Vorstandsmitglieder von Parteien, die zur Registrierung angemeldet werden, müssen das Wahlrecht zum Saarlandtag haben, doch sind Ausnahmen zulässig. Parteien können aufgelöst werden, wenn sie nachweisbar von Stellen oder Personen außerhalb des Saarlandes Beihilfen oder Unterstützungen angenommen haben. Darüber muß aber das Oberverwaltungsgericht entscheiden.



Der Generalsekretär der Nordatlantikpakt-Organisation, Lord Ismay, traf in der Bundesrepublik ein und hatte Besprechungen mit dem Bundeskanzler, Bundesaußenminister Dr. von Brentano sowie Verteidigungsminister Theodor Blank. Unser Bild zeigt Lord Ismay bei seiner Begrüßungsansprache auf dem Kön-Bonner Flughafen. Neben ihm Verteidigungsminister Blank.

Das Publikum wird um Mitarbeit gebeten

Man erzählte sich vor einiger Zeit von einem jungen Mann, daß er einen Mörder dingfest gemacht und der Polizei übergeben habe. Die ausgesetzte Belohnung habe er jedoch nicht erhalten, weil sie für „zweckdienliche Angaben" zur Ergreifung des Täters ausgeschrieben worden sei, — er aber habe den ja festgenommen! Ein feiner Unterschied, geradezu aufmunternd in dem Sinne: Das Publikum wird um Mitarbeit gebeten.

In Köln sitzt ein anderer junger Mann, der 21jährige Bankbeamte Fridrich Forst, und schwört sich, für keine Behörde mehr freiwillig einen Handschlag zu tun. Auch er hat sich nämlich eine Belohnung verdient und sie im Laufe eines dreiviertel Jahres nicht erhalten. Aus dem Rhein wurden im August—September 1954 eine Frauen- und eine Knaben-Leiche gezogen. Der junge Mann bekam den Verdacht, der — tatsächliche — Mörder sei Mitbewohner seines Hauses, entdeckte ihn im Keller, verfolgte ihn, bestand zwei wilde Kämpfe mit dem sich verzweifelt Wehrenden und übergab ihn der Polizei, wie man so sagt, portofrei. Dort gestand der Festgenommene auch. Die ausgesetzte Belohnung schien fällig zu sein.

Im November fragte der Amateurdetektiv höflich nach, denn die Sache lag völlig klar. Aber die Kriminalpolizei teilte kühl mit, daß eine Entscheidung bestimmungsgemäß erst nach der rechtskräftigen Verurteilung des Mörders erfolgen könne.

Bei der Ausschreibung einer Belohnung steht davon nichts auf den Plakaten, die 1000 DM für Hinweise, die zur Aufklärung oder Festnahme des Täters führen, versprechen. Der Paragraph 657 des Bürgerlichen Gesetzbuches spricht auch eindeutig für die Erfüllung eines Belohnungs-Versprechens ohne Zusatz von Einengungen. Ganz abgesehen davon, daß durch Berufungsverhandlungen Jahre bis zur Auszahlung vergehen könnten, was keineswegs aufmunternd wirkt.

Daß der Bankbeamte Forst Anspruch auf die Belohnung habe, bestritt die Polizei nicht, aber sie rührte sich nicht. Sie schob den Regierungspräsidenten vor, der die Entscheidung auf Grund eines ministeriellen Erlasses erst nach Vorlegung des rechtskräftigen Urteils fällen sollte, aber sich nicht beeilte oder keine Unterlagen besaß. Das war übrigens schon im April, aber auch im Juni war noch nichts erfolgt.

Wenn eine dem BGB widersprechende interne Verfügung vorlag, warum gab man sie nicht bekannt, und sei es im Kleinstdruck? Warum dankte man dem blitzschnell handelnden jungen Mann nicht, der der Polizei viel Kleinarbeit und Kosten sparte und staatsbürgerlich vorbildlich handelte? Die unbekannten staatlichen Sondervollmachten wirken wie Trägheit und machen verdrossen. Dann wundert man sich, wenn das Einsparen jedes vierten Beamtenpostens beklatscht wird.

-tnk-

WORTE DER BESINNUNG

Wirke auf andere durch das, was du bist.
Humboldt

Mal Mittag machen

Es ist richtig, daß wir so gegen 12 Uhr auf die Uhr schauen. Das ist nicht Faulheit. Aber der Körper und Geist haben sich in den ersten vier bis fünf Stunden verausgabt und lechzen nach Pause. Wir sollten sie machen.

Nichts ist so falsch wie in einem fort zu arbeiten, ohne Entspannung, gejagt vom Willen zur Leistung oder vom falschen Rhythmus der Arbeit. Mehrere kleine Pausen sind besser als ein langer Feierabend. Deshalb sollten wir ruhig zehn Minuten frühstücken und eine Stunde Mittag machen. Das zahlt sich aus.

Auch das Pausieren will gelernt sein. Die Füße ruhen am besten, wenn sie hoch liegen. Die Lunge möchte draußen tief atmen. Das Herz will einen Spaziergang. Der Kopf sehnt sich sogar nach einem Kopfstand. Das Gehirn will dösen.

Wenn Mutti dann noch ein warmes Essen bringt oder der Essentopf angewärmt werden kann, wenn eine Zigarette fällig ist oder die Kollegin einen Kaffee kocht, dann können wir getrost die Aermel wieder aufkrempeln. Die Sirene zum Feierabend wird uns überraschen. So reibungslos geht es plötzlich.

„Mal Mittag machen", ist eine gute Parole. Sie dient uns und dem Werk, für das wir arbeiten.

Halver

Heimische Sänger und das DRK

In diesen Tagen führt auch die Bereitschaft Halver des Deutschen Roten Kreuzes eine Haus- und Straßensammlung durch. Bekanntlich ist das DRK stets auf dem Posten, wenn es gilt, der Allgemeinheit in Not und Gefahr beizuspringen. Zur Bereitstellung der erforderlichen Ausrüstungen dient diese im ganzen Bundesgebiet durchgeführte Sammlung. Unsere heimischen Sänger fühlen sich von jeher diesem im DRK verkörperten Opfersinn verbunden. So nimmt es denn nicht wunder, wenn sich auch diesmal wieder unsere heimischen Männergesangvereine „Arion" und „Frohsinn" bereitwilligst zur Verfügung gestellt haben. Am kommenden Sonntagvormittag um 11 Uhr veranstalten sie auf der Karlshöhe — bei schlechtem Wetter im Saal, bei gutem im Freien — ein Wohltätigkeitskonzert bei freiem Eintritt. Auch der kirchliche Posaunenchor wird im Rahmen dieses Konzertes mitwirken. Unsere heimischen Sänger helfen gern — das zeigt auch die Bereitwilligkeit, mit der sie sich diesmal wieder zur Verfügung gestellt haben.

Waldfest am Lingerweg

Nun ist es in wenigen Tagen wieder so weit. Am kommenden Wochenende wird die Weggemeinschaft Lingerweg wieder ihr traditionelles Waldfest begehen. Wieder wird sich die Weggemeinschaft zu einer großen Familie vereinen und dazu noch zahlreiche Gäste begrüßen können. Es ist in altbewährter Weise Vorsorge getroffen, daß jedermann wieder eine Reihe schöner Stunden in Frohsinn und bester Stimmung verleben kann.

Neuer Direktorstellvertreter gewählt

In geheimer Abstimmung wählte gestern abend die Gemeindevertretung den Realschullehrer Meißner zum neuen Direktorstellvertreter an der hiesigen Realschule.

Sänger im Krankenhaus

Die Sänger des MGV Halver 1854 besuchten gestern in Hellersen ihren erkrankten Vorsitzenden Heinrich Kückelhaus. In einer stattlichen Wagenkolonne — ihre Privatwagen hatten die Sangesbrüder bereitwilligst zur Verfügung gestellt — fuhr man dorthin, um dem Erkrankten die besten Wünsche auszusprechen und gleichzeitig auch den übrigen Insassen durch einige Liedvorträge ein wenig Freude zu bereiten.

Schwer gestürzt

Gestern erlitt Gemeindegärtner K. einen schweren Unfall. Im Eichholz stürzte er beim Beschneiden von Bäumen und zog sich ernste Verletzungen — u. a. eine Gehirnerschütterung — zu, die seine Ueberführung ins Lüdenscheider Krankenhaus erforderlich machten.

Stutenschau 1955

Ueber die Stutenschau, die das Westfälische Pferdestammbuch e. V. Münster für den Amtsbezirk Halver durchführt, finden unsere Leser eine Amtliche Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil.

Die Heimatzeitung gratuliert

Schalksmühle. Ihren 80. Geburtstag kann morgen Witwe Emma Vedder, Asenbach 18, begehen.

Schalksmühle

Aus dem Turnverein

Am morgigen Donnerstagabend findet in der Turnhalle eine Zusammenkunft aller Gauturnfestteilnehmer statt. Es erfolgt die Ausgabe der Wettkampfunterlagen und die Bekanntgabe der Fahrmöglichkeiten. Des weiteren findet die letzte Probe für die Vereinssondervorführung statt, wozu die Teilnehmer pünktlich erwartet werden.

Brügge

Drei Verkehrsunfälle

Auf der Lösenbacher Straße geriet ein Lkw infolge zu hoher Geschwindigkeit von der Fahrbahn und streifte das Dach einer Schmiede. Am Lkw und Dach entstand Sachschaden. Von dem Fahrer des Lkws wurde eine Blutprobe entnommen.

Auf der Bundesstraße 54 fuhr ein Pkw beim Ueberholen einen Mopedfahrer an und verursachte leichten Personen- und Sachschaden.

Auf der Bundesstraße 54 geriet ein Kradfahrer ins Rutschen und kam zu Fall. Er mußte schwerverletzt dem Krankenhaus zugeführt werden. An dem Krad entstand leichter Sachschaden.

Die gestrige Gemeinderatssitzung

Halvers Wegebau-Programm geändert

Weil besondere Zuschüsse zu erwarten sind - Keine Bedenken mehr gegen Bolsenbach-Kläranlage
Berufsschule gehört nach Halver - Jugendheim muß bald Wirklichkeit werden

Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz von Gemeindebürgermeister Adolf Turck im Sitzungssaal des Amtshauses eine Sitzung des Gemeinderates Halver statt. Sie wies eine recht vielseitige und zugleich kommunalpolitisch wesentliche Tagesordnung auf, in der die Halverschen Gemeindeväter z. T. recht lebhaft und überzeugend die Belange unseres Ortes verfochten. Unter den wichtigsten Punkten, die zur Behandlung anstanden, befanden sich das Wegebau-Programm, Anliegerkosten, der Standort der geplanten neuen Berufsschule, der Schulneubau in Oberbrügge, die Bildung eines Kuratoriums für die Volkshochschule Halver und die Einrichtung eines neuen Kommunalfriedhofes. Hinzu kam noch die Frage des Halverschen Jugendheim-Baues.

Als erster Programmpunkt wurde die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten des Ausbaues der Tauberstraße, sowie des ersten Teiles der Hagedornstraße behandelt. Hinsichtlich der erstgenannten Straße wurden eine Reihe von Bedenken geltend gemacht. Man beschloß aber dann doch einstimmig, der Empfehlung des Finanzausschusses zu folgen, der vorgeschlagen hatte, im Sinne des § 15 des Fluchtliniengesetzes zu verfahren, dementsprechend die Beiträge in voller Höhe — je laufender Meter Straßenfront 49,15 DM — zu erheben, die entsprechende Ortssatzung zu erlassen und als Voraussetzung hierfür den Gemeinderatsbeschluß vom 23. 4. 1953 aufzuheben, welcher die halbe Höhe der Kosten als Anliegerbeitrag vorgesehen hatte. Auch im Falle der Hagedornstraße wurde entsprechend dem § 15 des Fluchtliniengesetzes und der Ortssatzung von 1901 verfahren.

IN DIESEM JAHR 50 PROZENT ZUSCHUSS FUR WIRTSCHAFTSWEGE

Für den Ausbau des Weges Dommelnheide—Magdheide wurde einer Empfehlung des Wegebau-Ausschusses folgend ein Zuschuß von 10 000 DM bewilligt. In diesem Zusammenhange machte Gemeindevertreter Stamm interessante Ausführungen über eine Neugestaltung des diesjährigen Wegebauprogrammes infolge der zu erwartenden Zuschüsse für die Wirtschaftswege.

WELCHE WEGE BERUCKSICHTIGT WERDEN

Danach erschien es zweckmäßig, den Haushaltsplan, der für den Wegebau 100 000 DM vorsah, wesentlich zu ändern. Für die erst jüngst wieder anerkannten Wirtschaftswege stehen 50 Prozent der Baukosten als Zuschuß in Aussicht. Dementsprechend wurde jetzt als Aenderung ein Betrag von 200 000 DM verplant, wovon also die Hälfte als Zuschuß wieder zurückfließt. Diese Zuschüsse sind jedoch nur im laufenden Jahre erhältlich. Es kommen daher jetzt die folgenden Wege in Frage: Krause Buche—Schöneberge—Gemeindegrenze Schalksmühle, Spinnewiew—Bommert, Weißenpferd—Kuhlen, Ostendorf—Halverscheid, Dommelnheide—Glörfeld, Engstfeld—Auf dem Heede und das erste Teilstück Oberbrügge—Berge. Dies Programm ergibt einen Gesamtbetrag von 209 000 DM, davon allein 50 000 DM für den erstgenannten Weg über Schöneberge. Hinzu kommen noch 6000 DM für den Brückendurchlaß Engstfeld, 15 000 DM für die Marktstraße und 12 000 DM für den Bürgersteig in Oberbrügge.

ERGEBNIS EINER RUNDFAHRT

Der nächste Punkt, mit dem vorhergehenden zusammenhängend, betraf eine Zweckbestimmungsänderung für ein von der Amts-Sparkasse Halver aufzunehmendes Darlehen, das ursprünglich dem Kanalbau in der Hagener Straße dienen sollte. Der Betrag von 30 000 DM wurde nunmehr ebenfalls für den Wegebau umdisponiert. In diesem Zusammenhang wurde bekannt gegeben, daß eine Rundfahrt zu modernen Kläranlagen der weiteren Umgebung alle bisher für die geplante Bolsenbach-Anlage gehegten Befürchtungen zerstreut hat. Diese Rundfahrt, an der auch Anwohner der Kölner Straße und Vertreter des Ruhrverbandes teilnahmen, ergab übereinstimmend, daß bei einer modernen Anlage mit Belästigungen der Anwohner nicht zu rechnen ist. Die frühere Beschwerde ist damit aufgehoben.

Vorst nach Eickerhöh auf die Gemeinde behandelt und alsdann auf einen späteren Termin zurückgestellt.

In Oberbrügge will die Regierung im Hinblick auf den in Ehringhausen für den katholischen Bevölkerungsteil vorgesehenen Schulneubau nur eine sechsklassige evangelische Volksschule anerkennen. Dementsprechend wurde beschlossen, zunächst zwei Klassen weniger zu bauen — bei Bedarf können später ohne Verunstaltung zwei Klassen hinzugebaut werden. Damit werden zunächst 78 000 DM eingespart.

BEISPIELHAFTE ENTWICKLUNG DER VHS

Weiter wurde die Bildung eines Kuratoriums für die VHS Halver behandelt, wobei Amtsdirektor Lohoff deren erfreuliche Entwicklung besonders herausstellte. Keine Volkshochschule im Kreise hat einen solchen Aufschwung genommen wie die unsrige, die ein Programm für jedermann aufzuweisen hat, welches sich mit dem der Großstädte messen kann. Diese so überaus günstige, ja überraschend günstige Entwicklung soll auch in Zukunft nicht behindert werden. In diesem Sinne will ein Ausschuß, bestehend aus den Herren Turck, Hilbig, Kückelhaus, Müller und Lemmert bei der Programmgestaltung fördernd und beratend mitwirken.

Ein Antrag der Nachbarschaft Schulbezirk Heesfeld auf Einrichtung eines Kommunalfriedhofes in Heesfeld, Oeckinghausen oder Carthausen wurde zunächst zurückgestellt. Weiter wurde eine Aenderung in der Gebührenordnung und Satzung zur öffentlichen Wasserleitung beschlossen. Die Bereitstellungsgebühr wurde auf 10 DM je laufenden Meter Frontlänge im Höchstfalle auf 150 DM festgesetzt. Als neuer Schiedsmann für Ehringhausen wurde Lehrer Albert Waimann bestimmt.

JUGENDHEIM JETZT VORDRINGLICH

Abschließend kam der Wunsch zum Ausdruck, jetzt in der Frage des für Halver so dringend notwendigen Jugendheimes — dessen Verwirklichung auch der „Allgemeine Anzeiger" immer wieder gefordert hat — ernsthaft weiterzukommen. Noch in dieser Woche wird das moderne Jugendheim der Stadt Iserlohn besichtigt werden. Danach wird ein Ausschuß bestehend aus den Vertretern Brückmann und Stamm, sowie dem Ortsjugendpfleger, in die Beratungen über Standort und Innengestaltung des Gebäudes eintreten, um dann dem Gemeindeparlament eine entsprechende Planung vorlegen zu können. **Dr. Weg—**

Halver hat Anspruch auf eigene Berufsschule

In Sachen einer neuen Berufsschule sprachen sich die Verwaltung wie die Gemeindevertreter sehr eindringlich für ihren Standort in Halver selbst aus. In vorangegangenen Besprechungen, an denen der Amtsdirektor, die Gemeindebürgermeister von Halver und Schalksmühle und der Oberkreisdirektor teilgenommen hatten, waren sowohl Halver wie Brügge als Standort für eine neue Berufsschule genannt worden. Auf Wunsch von Oberkreisdirektor Feuring wurde diese Frage nun gestern auch im Halverschen Gemeindeparlament behandelt.

AUCH EIN WIRTSCHAFTLICHES MOMENT

Die große Masse der Besucher einer solchen neuen Berufsschule, so wurde betont, stellt zweifellos Halver. Schon darum hat Halver ein Anrecht auf diese Schule, die als zweite nach der in Werdohl vorgesehen ist. Außerdem ist Halver schließlich in kommunalem Sinne Grenzgebiet und gerade dieses sollte der Kreis fördern. Nicht außer acht zu lassen ist auch das wirtschaftliche Moment, bringt eine solche Schule doch zweifellos weiteres Leben für die Wirtschaft unseres Ortes. Im übrigen besteht ja in Brügge bereits eine Berufsschule.

Halver ist, wie weiter betont wurde, mächtig in der Entwicklung und es hat keineswegs nötig, sein Licht unter den Scheffel zu stellen. Die Berufsschule für Halver gehört auch nach Halver und man wird zu diesem Ziel alles einsetzen.

NUR SECHSKLASSIGE SCHULE IN OBERBRUGGE

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag auf Uebernahme des Weges von

Aufnahme von Motorfahrern eingeschränkt

Eindeutige Stellungnahme des deutschen Jugendherbergswerkes

Halver. Entgegen sämtlich anders lautenden Mitteilungen stellt das Jugendherbergswerk eindeutig fest, daß die Aufnahme von Motorfahrern in Jugendherbergen durch den sog. Freiburger Beschluß nicht neuerdings erlaubt, sondern im Gegenteil eingeschränkt worden ist.

Motorfahrer konnten praktisch bereits seit 1950 aufgenommen werden, da die bis dahin gültig gewesene Bestimmung „Kraftfahrer finden keine Aufnahme" gestrichen wurde. Es hieß von da ab lediglich: „Kraftfahrzeuge (auch Fahrräder mit Hilfsmotor) dürfen auf dem Herbergsgelände nicht abgestellt werden."

Der Freiburger Beschluß bedeutet demgegenüber eine eindeutige Einschränkung: Pkw-Reisende werden nicht aufgenommen. Es werden nur motorisierte Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren zugelassen, sofern sie ein zweirädriges Kraftfahrzeug benutzen. Eine Aufnahme kann jedoch erst nach 19 Uhr erfolgen, wenn noch Platz vorhanden ist.

Die Pflege des Fußwanderns und auch des sinnvollen Radwanderns ist und bleibt nach wie vor eine der vordringlichsten Aufgaben des Deutschen Jugendherbergswerkes.

Schulen, Jugendgruppen und Jugendgemeinschaften unter verantwortlicher Führung, die mit einem Autobus anreisen, finden nach vorheriger Anmeldung Aufnahme, wenn sie bis 20 Uhr eintreffen und entsprechend der Hausordnung nicht vor 7 Uhr morgens abzureisen beabsichtigen. Bei der Verteilung der Schlafplätze in überfüllten JH sind jedoch in der Regel den Wanderern die Betten, Autobusreisenden die Notlager zuzuweisen.

Kraftfahrzeuge jeglicher Art (auch Fahrräder mit Hilfsmotor) dürfen auf dem Herbergsgelände nach wie vor nicht abgestellt werden. Anmeldungen von Reisebüros werden nicht angenommen.

Keine Einschränkungen mehr

Ennepe-Ruhr. Nach einer Mitteilung der Kreisverwaltung sind sämtliche Einschränkungen für das Abhalten von Veranstaltungen, die aus Anlaß der Typhusepidemie erlassen worden waren, mit Wirkung vom 5. Juli aufgehoben worden.

Entfesseltes Feuer ist erbarmungslos!

Ein Nachwort zur Feuerschutzwoche — Übt Vorsicht!

Die Feuerschutzwoche ist vorbei. Die Feuerwehren haben versucht, das Verantwortungsgefühl und dem Gemeinschaftssinn der Bevölkerung anzusprechen. Sie bezwecken damit eine wirkliche Minderung der Brandschadensfälle und aller Gefahren, die der Ausbruch eines Brandes für Menschen und Sachen verursacht. Insbesondere gilt es, die Häufigkeit der Wohnungsbrände und infolge Fahrlässigkeit entstehenden Brände einzudämmen.

Mit der Durchführung einer Feuerschutzwoche durch die Feuerwehren ist es nicht getan. Auch die dankenswerte Anteilnahme der Bevölkerung an den Veranstaltungen der Feuerwehr und an ihren Anliegen genügen nicht. In der Fahrlässigkeit liegt schon Schuld und damit sollte sich niemand beladen wollen. Es gilt jetzt, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen: Jeder muß nun in seinem Haushalt anfangen und sorgen, daß Brände nicht entstehen können. Jeder Umgang mit Feuer, selbst beim Anbrennen der Zigarette und insbesondere beim Weglegen oder Wegwerfen des (häufig noch brennenden) Streichholzes, sollte bewußt geschehen.

Mängel sofort beseitigen

Die Hausbesitzer müssen die Feuersicherheit ihres Hauses prüfen. Besonders sollten die Mängel beseitigt werden, die bereits festgestellt und beanstandet wurden. In den Betrieben muß überprüft werden, ob alle Sicherheitsvorschriften, besonders die über Feuersicherheit, eingehalten sind. Nicht nur deshalb, weil meist wertvolle Maschinen und Warenlager konzentriert sind, und ein Brand sofort großen Sachschaden verursacht, sondern weil der Aufenthalt vieler Menschen auf meist engem Raum die Arbeitenden sehr gefährdet. Wer kann dafür Verantwortung übernehmen, wenn durch Fahrlässigkeit Menschen Schaden nehmen? Niemand!

Bei größeren Brandschäden hört man häufig den lapidaren Satz: Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Ist damit nun etwas besser geworden? Ja, für den Betroffenen selbst ist das sicherlich der Fall. Ihn trifft der Verlust nicht gar so schwer, obwohl evtl. Produktionsausfälle, Unmöglichkeit der Belieferung, Verlust von Arbeitsplätzen oder Verlust von Wohnraum nicht von der Versicherung gedeckt sind. Und der Verlust der Sachwerte ist ein Verlust, auch wenn er tausendmal von der Versicherung gedeckt wäre. Die Versicherungen sichern ihr Risiko durch die Höhe der Prämien. Die Prämien werden von den Versicherten und nicht von den Versicherungen aufgebracht. Die Gesamtheit der Versicherten muß also bezahlen. Je höher die relativen Brandschäden sind, umsomehr müssen die Prämien ansteigen. Bei geringen Brandschäden können die Prämien ebenso auch gesenkt werden.

Niemand geht ein Feuerversicherung ein, damit sein Haus abbrenne, wie auch niemand eine Lebensversicherung abschließt, damit er sterbe. Eine Versicherung hat den Zweck, davor zu sichern, daß die Wechselfälle des Lebens nicht gar so hart treffen. Helft Brände verhüten: damit wäre ein großer Schritt getan zur Sicherung von Leben und Gut aller.

Ein gebranntes Kind scheut das Feuer, und jeder einmal Brandgeschädigte weiß um die vernichtende Wirkung des Feuers. Sorge jeder dafür, daß sich Leichtfertigkeit im Umgang mit Feuer, Licht, Gas, elektrischen Geräten usw. nicht einmal bitter rächt. Das entfesselte Feuer ist erbarmungslos!

Rönsahl

Bundesstraße wird auch hier instandgesetzt

Mit einigem Erstaunen mußten wir feststellen, daß die Bundesstraße 237 vom Grenzstein aus, der zwischen Rheinland und Westfalen steht, instand gesetzt werden soll. Links und rechts der Straße waren Begrenzungspfähle eingesetzt. Alle 5 Meter lagen nun einige Haufen Teersplit und auch Steinsplit, um die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen. Im Hintergrunde an der Brennerei Haase stand eine Dampfwalze. Einige Arbeiter waren damit beschäftigt, die beiderseitigen Grenzstreifen der Straße aufzurauhen, um diese mit Split auszufüllen. Weil man beabsichtigt, nur die Frostschäden zu „plombieren", wird wohl die Voraussage eintreffen, daß in einigen Tagen die Straße fertig ist. Empfehlenswert wäre es aber, einmal die Fortsetzung der Straße nach Ohl—Rönsahl fachmännisch in Augenschein zu nehmen. Hier wurde gediegene Arbeit geleistet. **Und nach Westfalen hin?**

„Keine Anerkennung der deutschen Grenze"

Nuschke-Artikel zum Jahrestag des Oder-Neiße-Abkommens

lm. Berlin, 5. Juli

Am Mittwoch wird in Ostberlin und in Warschau der fünfte Jahrestag der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Sowjetzonen-Regierung demonstrativ gefeiert. Eine polnische Regierungsdelegation unter Leitung des kommunistischen Parteichefs Bierut traf bereits am Dienstag in Ostberlin ein, während sich eine elfköpfige Abordnung der Sowjetzonen-Regierung unter Führung von Ministerpräsident Grotewohl und Außenminister Bolz nach Warschau begab.

In politischen Kreisen Berlins glaubt man, daß die polnische und die Sowjetzonen-Regierung mit dieser Demonstration die vier Großmächte unmittelbar vor dem Beginn der Genfer Konferenz auf die „Unabänderlichkeit" der Oder-Neiße-Linie hinweisen wollen. In diesem Zusammenhang ist es auch bemerkenswert, daß die gegenwärtig in Posen stattfindende Messe besonders den „gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung der westpolnischen Gebiete" in den letzten Jahren betont. Bei diesen Gebieten handelt es sich um die polnisch verwalteten deutschen Provinzen.

Grotewohl gab vor seiner Abreise nach Warschau einem polnischen Journalisten ein Interview, in dem er erklärte, daß die „Festlegung der Oder-Neiße-Friedensgrenze einen Zündstoff zur Entfesselung eines Krieges zwischen Deutschland und Polen beseitigt" habe. Er trat außerdem wieder dafür ein, daß Vertreter der Bundesregierung und der Pankower Regierung einen gemeinsamen Standpunkt zur Genfer Konferenz ausarbeiten.

Bemerkenswerter als dieses Interview dürfte jedoch ein Artikel des stellvertretenden Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Nuschke in dem Zentralorgan der Ost-CDU „Neue Zeit" sein. Nuschke betonte darin, daß die Einrichtung einer westdeutschen Botschaft in Moskau keineswegs „die territoriale Anerkennung der deutschen Grenze in sich schließe". Es sei schon immer ein Vorzug der sowjetischen Elastizität gewesen, so meinte Nuschke, „die gute bewährte Methode der Verhandlungen anzuwenden und vorher keine Hürden von Vorbedingungen und Forderungen aufzurichten. Und für Herrn Adenauer wird es hier keine Ausnahme geben".

Paris: Chruschtschew will Bonn-Paris entzweien

Amerikanische Ansichten geteilt — Wird Malenkow London besuchen?

dmt. Bonn, 5. Juli

Die Ausführungen Chruschtschews, des ersten Parteisekretärs der sowjetischen KP, anläßlich des Empfanges in der US-Botschaft zu Moskau am Montagabend, haben in den Hauptstädten der westlichen Welt lebhafte, aber ziemlich unterschiedliche Reaktionen ausgelöst.

In Paris unterstreicht man vor allem die Bemerkungen Chruschtschews zu dem französischen Botschafter Joxe, Frankreich bedürfe eher der Entspannung als die Sowjetunion, weil es durch Deutschland stärker bedroht werde. Es sei offensichtlich, sagt man in Paris, daß Chruschtschew versuchen wolle, wieder Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland zu schüren, die von beiden Regierungen in Paris und Bonn mit der Ratifizierung der Pariser Abkommen endgültig begraben wurde.

Diplomatische Kreise Londons gewannen dagegen den Eindruck, daß die sowjetische Delegation in Genf auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu Konzessionen bereit sein wird. Amerikanische Kreise äußerten sich unterschiedlich zu der Chruschtschew-Erklärung. Während einzelne Politiker erneut die Gefahr andeuten, daß die Sowjets Deutschland vom Westen abzuspalten versuchten, erblicken Diplomaten, die dem US-Außenministerium nahestehen, in den freundlichen Worten Chruschtschews über Eisenhowers jüngster Pressekonferenz ein aufrichtiges Bestreben, auf der Genfer Konferenz die Spannungen tatsächlich zu verringern.

Radio Moskau benutzte den amerikanischen Unabhängigkeitstag zu einem Appell an die „friedliebenden Menschen" in den USA, mit denen die Sowjetvölker „in Frieden, Einvernehmen, Vertrauen und beiderseitigen friedlichen Bemühungen zu leben" hofften.

Auf dem Empfang in der US-Botschaft wurde noch eine überraschende Tatsache registriert: Der britische Botschafter Hayter deutete an, er würde den ehemaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkow zu einem Besuch nach Großbritannien einladen, wenn mit einer Annahme der Einladung gerechnet werden könnte. Diese Andeutung erfolgte im Laufe eines Gesprächs zwischen beiden Politikern. Malenkow nahm jedoch dazu keine Stellung, sondern sagte nur lächelnd, er habe gehört, daß Großbritannien ein Atomkraftwerk bauen wolle.

Aus Protest dagegen, daß sie vom 1. Juli an nach deutschem Recht Rundfunkgebühren zahlen müssen, warfen Soldaten der belgischen Garnison in Arolsen ihre Rundfunkgeräte durch die Fenster eines Kasernenblocks. Militärpolizei sammelte die „Radiowracks" ein, die auf der an der Kaserne vorüberführenden Straße lagen.

748 Todesopfer forderte das Wochenende des amerikanischen Nationalfeiertages von Freitagabend bis Sonntag um Mitternacht. 382 Personen kamen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben, 233 ertranken und 133 wurden das Opfer verschiedener Unfälle.

Wie die chinesische Presse berichtet, hat die kommunistische Partei eine breite Mitgliederwerbung begonnen. Ihr Ziel ist es, der Partei zwei Millionen neue Mitglieder zuzuführen. Zum ersten Male wird auch die Werbung unter der Bauernschaft intensiv betrieben. Bisher seien in die Partei 700 000 Bauern eingetreten.

Erfolgreicher Arbeitsmarktausgleich

dpa. Nürnberg, 4. Juli

Die Arbeitsämter haben im Mai über 34 000 Dauerarbeitsplätze mit Arbeitskräften besetzt, die aus anderen Arbeitsamtsbezirken stammten.

Die Bundesanstalt sür Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilte am Montag mit, daß für Juni mit etwa gleich hohen Zahlen zu rechnen sei. Die Reserven an „ausgleichsfähigen" Kräften seien noch nicht erschöpft. Wenn auch Fachkräfte der Mangelberufe im allgemeinen nur noch durch Arbeitsplatzwechsel frei würden, ständen Fachkräfte anderer Art und vor allem Hilfsarbeiter in einer ganzen Reihe von Bezirken noch zur Verfügung.

Europa-Gremien sollen zusammenarbeiten

dmt. Straßburg, 5. Juli

Der Ministerausschuß des Europarates hat am Dienstag nach zweitägiger Debatte in Straßburg beschlossen, die Methoden der europäischen Zusammenarbeit zu reformieren, um das unrationelle Nebeneinander der verschiedenen Organisationen auszuschalten. Die vierzehn Außenminister schlagen einen Reformplan vor, der vor allem die Zusammenarbeit zwischen Europarat, Montanunion, Westeuropäischer Union und OEEC neu regeln soll.

Die beratende Versammlung des Europarates, die am Dienstag in Straßburg ihre diesjährige Sitzungsperiode eröffnete, wählte wieder den französischen Sozialisten Guy Mollet zu ihrem Präsidenten. Vizepräsident wurde der deutsche CDU-Abgeordnete Dr. Kiesinger, der damit Nachfolger des SPD-Abgeordneten Lütkens wird. Die Versammlung wird eine große politische Debatte durchführen und will sich auch mit Wirtschaftsfragen befassen.

Der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg sind am Dienstagabend zwei Vorschläge eingereicht worden, über die die Versammlung in den nächsten Tagen entscheiden soll. Der erste Antrag sieht die Errichtung eines europäischen Atomenergiepools vor und fordert eine gemeinsame europäische Behörde für die Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Der zweite Plan schlägt für den Fall einer internationalen Vereinbarung über eine Abrüstung vor, aus den dadurch erzielten Einsparungen einen europäischen Gemeinschaftsfonds zu bilden, mit dem die unterentwickelten Länder unterstützt werden sollen.

Berchtesgaden für Hitler „zuständig"

dpa. München, 5. Juli

Für das Verfahren auf Todeserklärung Hitlers ist das Amtsgericht Berchtesgaden zuständig. Mit diesem Beschluß beendete das bayerische Oberste Landesgericht den Kompetenzstreit zwischen den Amtsgerichten Berlin-Schöneberg und Berchtesgaden.

Das Hin und Her um die Todeserklärung begann 1952, als österreichische Behörden wegen einer Nachlaßangelegenheit in Berchtesgaden, das als letzter Wohnsitz Hitlers gilt, die amtliche Bescheinigung über dessen Ableben anforderten. Im Frühjahr dieses Jahres hatte die Berliner Spruchkammer beim Schöneberger Amtsgericht beantragt, Hitler für tot zu erklären, um das in Berlin lagernde Vermögen Hitlers einziehen zu können.

Der österreichische Staatsvertrag wurde am Dienstag vom englischen Oberhaus ratifiziert. Das Unterhaus hatte den Vertrag schon vor einiger Zeit gebilligt. Nun muß er noch von der Königin unterzeichnet werden.

Auf Einladung des Präsidenten des kanadischen Parlaments wollen sich Delegationen der Parlamente aller 15 NATO-Staaten vom 18. bis 22. Juli zu einer Arbeitstagung in Paris treffen.

Am 2. Juli verloren wir durch einen tragischen Unglücksfall unseren langjährigen DRK-Kameraden

Wilhelm Schäfer

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

ZUG SCHALKSMÜHLE
der Bereitschaft Altena (m) 4
des Deutschen Roten Kreuzes

Zur Beerdigung treffen sich alle DRK-Kameraden am Donnerstag, dem 7. Juli 1955, um 14.15 Uhr, an der evangelischen Kirche in Schalksmühle.

Für die aufrichtige Anteilnahme und die zahlreichen Blumen- und Kranzspenden beim Heimgang unseres lieben Verstorbenen sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

Frau Johanne Kesseler
Familie Adolf Hoffmann

Halver, im Juli 1955

Für die liebevolle Anteilnahme beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

Frau Lina Deckardt und Kinder

Schmidtsiepen, im Juli 1955



Urlaubsreif?

Ob Sie verreisen oder zu Hause bleiben — jetzt sollten die strapazierten Nerven beruhigt werden! Dabei will der echte KLOSTERFRAU MELISSENGEIST Ihr Helfer sein! Morgens, mittags und abends nach Gebrauchsanweisung genommen — das tut gut: vor allem auch bei nervösen Herz- und Magenbeschwerden sowie auf Reisen!

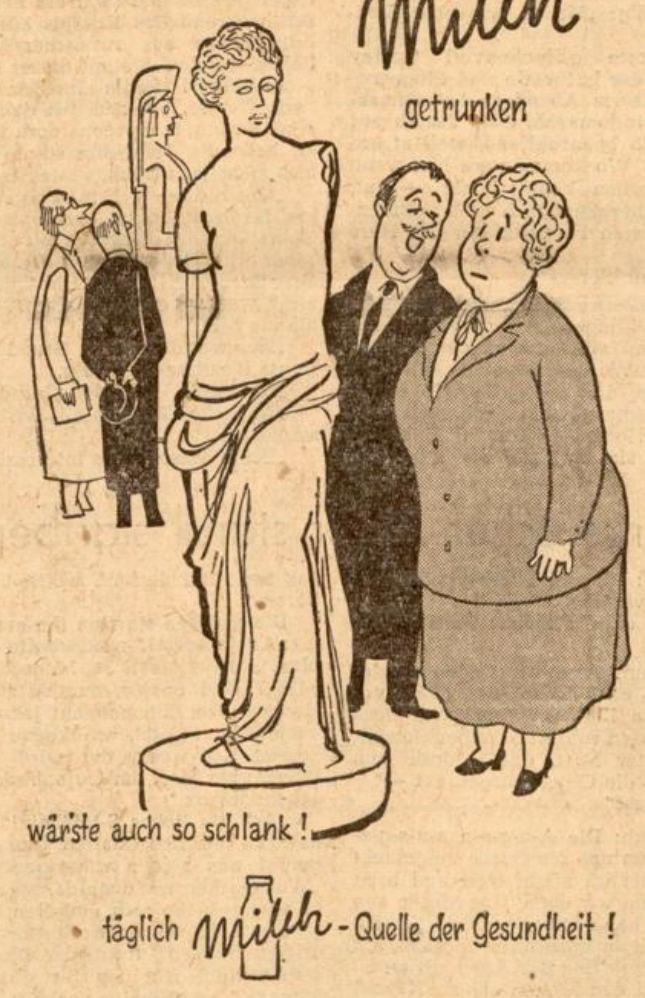
In Apotheken und Drogerien. **Nur echt mit 3 Nonnen!** Denken Sie auch an **Aktiv-Puder** zur Pflege der gesunden und kranken Haut!

Bekanntmachung

Stutenschau 1955

Das Westfälische Pferdestammbuch e. V. Münster führt z. Zt. die Stutenschauen durch. Für den Amtsbezirk Halver kommt als Schauplatz der Ort **Neuenloh** bei Breckerfeld, Hof Bellmann, in Frage. Die Stuten sind dort am 7. 7. 55 um 15 Uhr vorzuführen.

Der Amtsdirektor: Lohoff



Bekanntmachung

für den Landkreis Altena betr. Waldbeerensammelscheine

Auf Veranlassung des Forstamtes Lüdenscheid wird auf nachfolgendes hingewiesen:

Auf Grund des § 37 des Feld- und Forstpolizeigesetzes und des § 44 der Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Arnsberg vom 5. 6. 1930 betr. Feld- und Forstschutz ist in den nichtstaatlichen Waldungen des Kreises Altena das Sammeln von Beeren jeglicher Art nur gegen Lösung eines Erlaubnisscheines gestattet.

Die Ausgabe der Erlaubnisscheine erfolgt ab 4. 7. 1955 durch die Ordnungsämter der Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen, das Forstamt Lüdenscheid, Sedanstraße 7, das Forstamt in Neuenhof, sowie durch die örtlich zuständigen Forstbeamten. Die Gebühr beträgt 0,50 DM.

Das Abkämmen der Beeren, das Abreißen ganzer Beerensträucher und -Büsche, das Betreten von Anpflanzungen, Schonungen und Verjüngungen, sowie das Rauchen und Feueranmachen im Walde ist verboten und strafbar.

Der Erlaubnisschein ist beim Sammeln stets mitzuführen und den kontrollierenden Polizei- und Forstbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

Altena/Westf., den 28. Juni 1955.

Kreisverwaltung Altena. Der Oberkreisdirektor.



Erfahrene Tierhalter
achten auf Qualität und kaufen bei ihrem Händler den vitaminierten
Brockmanns Futterkalk
„Zwergmarke" mit DLG-Gütezeichen
Seine Beifütterung macht sich durch gesunde Aufzucht, kräftige Knochen, abgekürzte Mastdauer u. hohe Leistung bezahlt.

3 Arbeiter gesucht.
Ledigen-Zimmer kann gestellt werden, evtl. auch Werkswohnung.
Winkhaus & Schürmann
Oeckinghausen

Ostpakete
50 g köstlich milden »Goldteufel-Feinschnitt« nicht vergessen!

Gesunde, kräftige
Steckrübenpflanzen
hat abzugeben.
Erwin Lausberg
Othmaringhausen
Tel. Halver 501

„ATLANTIK-Waschmaschinen"
erhalten Sie in vielen Ausführungen **nur** direkt vom Hersteller
E. GRAUMANN, Rummenohl 4 i. W.
Katalog gratis – Lieferung frei Haus.

Die NSU-Superlux hat selbstverständlich einen Zentralpreßrahmen wie alle die modernen Maschinen von NSU. 200 ccm-Zweitakter. Preis: DM 1595.– Kleine Anzahlung.

Papierkörbe
Wilh. Bell jr.
Halver



Das weitere DKW-Motorradprogramm: RT 125 · RT 175 · RT 200 · RT 250 · RT 350
Sämtliche Modelle ab Lager lieferbar.
DKW-HÄNDLER
Willi Däumer
Kraftfahrzeuge · Reparatur-Werkstatt
Tankstelle
Brügge i. W.

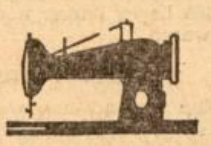
Schmuck trägt nie den Namen des Herstellers, aber man sieht es ihm an, wenn er aus gutem Hause stammt.
Rüschenbeck
Dortmund, Westenhellweg 45



(5)

Gute
Sonntagsstimmung
durch
„Mekka" Feinschnitt / „Diadem" Krüll

Schmaler
Küchenschrank und Küchenherd
gut erhalten, billig abzug.
Emil Freiwald
Nd.-Buschhausen



SINGER

ein Name, der für Werte bürgt, welche Ihnen und Ihren Kindern zu Gute kommen. „Schneidern u. Wohnen mit der Singer-Nähmaschine" so heißt der neue, farbenschöne Prospekt. Fordern Sie ihn kostenlos an von der Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft Frankfurt a. Main, Singerhaus 228

Leistungs-ecke der Firma
Ovale Wanne
verz. 65 cm
DM 10.35
Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver Telefon 160